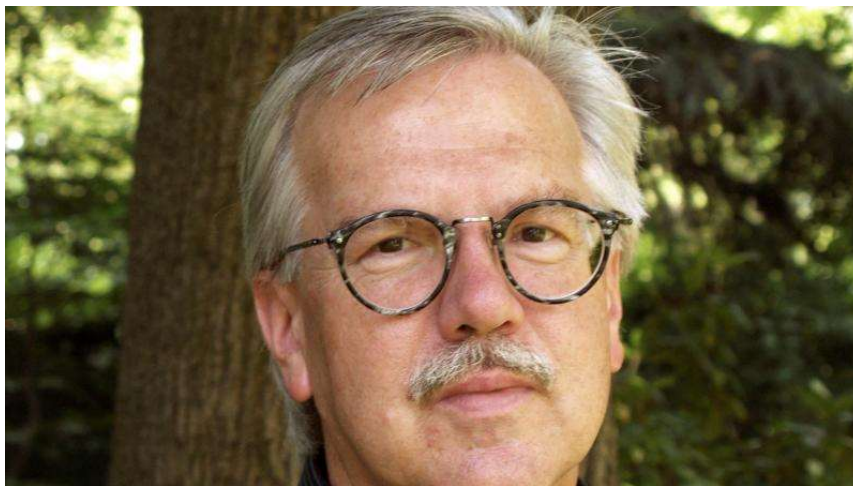




## NeFo-Interview

# „Wir brauchen ein erweitertes Verständnis von gesellschaftlichem Wohlstand“

Roland Zieschank, Forschungszentrum für Umweltpolitik, FU Berlin



2020 wird ein zentrales Jahr für die weitere Entwicklung der Artenvielfalt und der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit auf dem Planeten. Die Ziele des Übereinkommens über die biologische Vielfalt, die sogenannten Aichi-Ziele zum Schutz der weltweiten Biodiversität, die 2010 beschlossen wurden, laufen aus und werden zum großen Teil verfehlt werden. Nun müssen sie durch neue, wirksame internationale Vorgaben ersetzt werden, die endlich eine echte Trendwende ermöglichen. Die Vorarbeiten dazu laufen derzeit auf Hochtouren.

Klar ist: An den Zielen selbst liegt es nicht. Sie sind schlüssig und gelten noch immer. Es fehlt am politischen Umsetzungswillen. Ohne diesen ist ein weiteres Scheitern der CBD vorprogrammiert. Ansätze für wirksame Politikmaßnahmen im Umweltbereich gab es bereits, und die Politologie hat zahlreiche Kriterien für eine erfolgreiche Umweltpolitik identifiziert. Doch diese wird bei solch wichtigen Weichenstellungen noch viel zu wenig rekrutiert. Deshalb nimmt sich NeFo dessen in seinem NeFo-Interview an.

Roland Zieschank arbeitet als Projektleiter am Forschungszentrum für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin. Schwerpunkte sind alternative Wachstums- und Wohlstandskonzepte, die auch



neue Formen der politischen Kommunikation erfordern. Gegenwärtig befasst er sich u.a. mit Untersuchungen zu den internationalen Entwicklungslinien, die die Einbeziehung von „Naturkapital“ und Ökosystemleistungen in Entscheidungsprozesse intendieren, um die bisherigen Möglichkeiten der Umwelt- und Naturschutzpolitik in Deutschland zu erweitern.

**NeFo: 2010 mussten die Mitgliedstaaten der CBD schon einmal bekannt geben, dass sie die gesetzten Ziele nicht erreicht haben. Zehn Jahre werden sie bis 2020 Zeit gehabt haben, und dennoch müssen sie verkünden, dass der Schwund der biologischen Vielfalt - der Arten, natürlichen Lebensräume und genetischen Vielfalt - weitgehend ungebremsst verläuft. Was müsste passieren, dass Politik und Gesellschaft weltweit endlich wirksam gegensteuert?**

**Zieschank:** Die Frage ist plausibel, aber ambivalent – denn sie erweckt den Anschein, als gäbe es einen idealen handlungsfähigen Akteur oder Zusammenschluss von Staaten, die einfach das richtige Steuerungsrepertoire hervorholen können. Wer sollte das sein? Erfahrungsgemäß sind Vorschläge wie ein weltweiter Emissionshandel oder ein europaweites Verbot, etwa von Palmöl aus Indonesien, ein zuverlässiger Garant für ein Nicht-Handeln.

**NeFo: Dabei gibt es doch zahlreiche internationale und nationale Politikprozesse in diesem Bereich.**

**Zieschank:** Das stimmt, und tatsächlich gibt es hier Entwicklungen mit Potenzial für zukünftige Verbesserung. Vergleicht man Studien internationaler Organisationen wie Weltklimarat IPCC, Weltbiodiversitätsrat IPBES, des Club of Rome, des UN-Weltüberwachungszentrums für Naturschutz und auch den kürzlich vorgestellten Global Environmental Outlook (GEO 6) der UNO, fällt eine wichtige Gemeinsamkeit auf: Alle diese Organisationen haben in den letzten Jahren ihre Rolle verändert.

Sie verstehen sich nicht mehr im klassischen Sinne als wissenschaftliche Einrichtungen, die eine Bestandsaufnahme von Umweltdaten, Studien und Zustandsanalysen vorlegen, sondern sind inzwischen ausgesprochen lösungs- und politikorientiert. Selbst der Weltkongress der Geologen leistete einen wichtigen Beitrag, indem er konstatiert hat, dass wir in der Erdepoche des Anthropozäns leben, das nun die menschlichen Wirkungen mit den erdgeschichtlichen Entwicklungsfaktoren gleichsetzt. Paul Crutzens Konzept verbreitet sich als gleichzeitiges Analyse- und Handlungskonzept!

Dies könnten wichtige Schlussfolgerungen für die aktuelle Überarbeitung des Strategischen Plans des Übereinkommens über die biologische Vielfalt CBD sein: „Framing the future“, wie es heißen soll, bedeutet auch: Stärkung der Biodiversitätspolitik, als eines der obersten Ziele. Die Arbeitsschwerpunkte sollten sich etwas verschieben, von biodiversitätsbezogenen Zielen hin zur



Zielumsetzung und der Schaffung von Fähigkeiten für eine bessere Implementierung und Kontrolle (capacity building), mit dem Fokus auf einer Erhaltung von ganzen Lebensräumen.

Sowohl IPBES als auch das UN-Weltüberwachungszentrum für Naturschutz sind inzwischen gleichfalls stark handlungsorientiert. Es bietet sich an, diese Plattformen viel intensiver auf Bundes- und Länderebene zu präsentieren und zu nutzen, eigentlich auch seitens der Öffentlichkeit (siehe <https://www.unep-wcmc.org/>). Damit steigen die Chancen für lösungsorientierte, erfolgreiche Beispiele, mithin der Ausbreitung und Durchdringung von erfolgreicher Umweltpolitik oder nachahmenswerten Innovationen.

**NeFo: Als Umweltpolitologe haben Sie seit Jahrzehnten die Entwicklungen verschiedener gesellschaftlich relevanter Umweltthemen verfolgt und Einblicke darüber gewonnen, welche Faktoren, Maßnahmen und Politikinstrumente erfolgreich sind. Welche historischen Beispiele taugen als Vorbild für die globale Naturschutzdebatte?**

**Zieschank:** Es gibt insgesamt nur wenig positive Beispiele für eine global erfolgreiche Umweltpolitik: Die Verabschiedung des Montrealer Protokolls 1987 zur Vermeidung von FCKW-Emissionen gegen das Ozonloch wäre eines. Die Chancen für solche Regelungen und Maßnahmen steigen immer dann, wenn es auch technische Lösungen für Umweltprobleme gibt, weil sich so neue Absatzmärkte generieren lassen. Das ist nun aber gerade beim Naturschutz in der Regel nicht der Fall.

Ein schönes Vorbild für die gleichzeitige Identifizierung von zentralen Problemfeldern und Handlungserfordernissen liefert der Weltenergieat mit seinem „World Energy Issues Monitor“ – mithin geht es dort um die Sichtung der Energiepolitik in verschiedenen Ländern. Die zentrale Frage im Monitoring lautet: „Was hält die Entscheider der Energiebranche nachts wach?“ (siehe hierzu <https://www.weltenergieat.de/world-energy-issues-monitor/>) Einen ähnlichen Ansatz des Verfolgens guter Politikprogramme könnte es durchaus für den Naturschutz geben.

**NeFo: Welche Faktoren für erfolgreiche Umweltpolitik konnte die Forschung identifizieren?**

**Zieschank:** Wesentliche Kriterien innerhalb eines Landes sind hier:

- Der Entwicklungsstand der Umweltpolitik (erreichte Gesetze, Programme)
- Kapazitäten der staatlichen Einrichtungen und Kontrollbehörden
- Umweltbewusstsein in der Öffentlichkeit und Einfluss von NGOs
- Eine offene, kritische Medienlandschaft
- Technische Lösungen, ökonomische Unternehmenskonzepte zur Problemlösung
- Strategische Allianzen zwischen Wissenschaft, umweltpolitischen Akteuren, wirtschaftlichen Branchen und Konsumenten oder Investoren



- Finanzielle Lage der Staaten als Grundlage für innovative Investitionen.
- Die Fähigkeit, sich kurzfristig bietende Gelegenheiten zu nutzen: So hat sich die Plastikflut an vielen Küsten und Meeresstränden erstaunlich schnell in das öffentliche Bewusstsein eingepreßt und zwingt Staaten wie Konsumenten zum Handeln.

Hieraus lässt sich schnell ableiten, dass es beim globalen Naturschutz und dem Erhalt der Biodiversität letztlich ganz überwiegend um angepasste Strategien in den verantwortlichen Nationalstaaten geht; angepasst an regionale Besonderheiten und die Bedeutung von Landschaften, Tier- und Pflanzenarten, aber auch hinsichtlich der jeweiligen kulturellen, historischen und politischen Eigenheiten. Dies schließt Strategien auf der internationalen Ebene als Ergänzung allerdings nicht aus:

### **NeFo: Welche Strategien auf internationaler Ebene meinen Sie?**

**Zieschank:** Wissensplattformen wie das Weltüberwachungszentrum für Naturschutz und der Weltbiodiversitätsrat IPBES, die einerseits Wissensdrehscheiben und andererseits das „Umweltbewusstsein“ der Welt darstellen. Neue Potenziale durch Big Data in Verbindung mit Erdbeobachtungssatelliten und Fernerkundungs-Sensoren, die beinahe in Echtzeit Beeinträchtigungen von Lebensräumen, Umweltverschmutzungen - wie etwa illegale Verklappung von Öl aus Schiffen - oder Landveränderungen, v.a. Umnutzungen oder Abholzungen in Regenwäldern, erkennen und dem Verursacherprinzip neue Kraft verleihen können.

Strategische Allianzen zwischen Vorreiter-Staaten, etwa den nordischen Ländern oder den Organisationen der internationalen „WAVES“-Initiative unter Einschluss der Weltbank sowie mit aufgeschlossenen internationalen Organisationen. Ein gutes Beispiel ist der World Business Council for Sustainable Development (WBCSD). Ein Umdenken findet auch im Bereich großer Organisationen der See- und Containerschifffahrt statt: Vom 1. Januar 2020 an dürfen Schiffe nach Bestimmungen der International Maritime Organization nur noch Treibstoff mit einem Schwefelgehalt von 0,5 Prozent statt bisher 3,5 Prozent verbrennen oder müssen alternativ die Abgase vom Schwefel reinigen.

Der internationale Finanzsektor müsste aber auch viel stärker einbezogen werden. Stichwort Green Finance. Biodiversitätskriterien bei Investitionsentscheidungen und bei der Kreditvergabe wären ein wirkungsvolles Instrument. Die hat seit jeher die Finanzierung die Erhaltung von Biodiversität auch mit Finanzmitteln auf staatlicher und privater Seite angeregt.

**NeFo: Der Weltbiodiversitätsrat IPBES hat in seinem im letzten Jahr veröffentlichten Regionalen Bericht zu Europa und Zentralasien verschiedene politische Szenarien vorgestellt. Die größten Erfolge im Sinne einer Erhaltung der ökologischen Leistungsfähigkeit und Ressourcensicherheit seien durch eine Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft, Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch und**



**neuen Wohlstandsindikatoren abseits des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erreichbar. Das kommt einer wirtschaftlichen Revolution gleich und trifft auf riesige Widerstände. Wie lassen sich solche Konzepte in die Realität übertragen?**

**Zieschank:** Im Prinzip ist die Analyse des IPBES völlig richtig: Wir brauchen ein neues Verständnis von gesellschaftlichem Reichtum, das die Biodiversität mit unserem Wohlstand verknüpft. Das bisherige Modell wirtschaftlichen Wohlstands und Reichtums, nach dem wir gleichzeitig unsere Vergangenheit (Rohstoffe und biologische Ressourcen) und Zukunft (Schuldenaufbau heute zulasten nachfolgender Generationen) konsumieren, ist eigentlich jetzt schon am Ende. Die Senken für Emissionen, Abfälle, Schrott und Abwässer stellen ja die Engpässe einer weiteren zivilisatorischen Entwicklung dar. Dies hat nicht zuletzt das Konzept der „planetaren Grenzen“ verdeutlicht.

Es fehlt lediglich das kollektive Erschrecken. Dass dies ausbleibt, liegt zu einem guten Maße an der falschen Bilanzierung der traditionellen Wirtschaftsberichterstattung, seien es die Wirtschaftsberichte der Bundesregierung, der großen Wirtschaftsforschungsinstitute, die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung oder selbst die Stellungnahmen der sogenannten „5 Wirtschafts-Weisen“. Wirtschaftliche Entwicklung wird hier fast ausschließlich am BIP gemessen, und da spielt die Natur als solche kaum eine Rolle. Weder werden ökologische Verluste und Umweltbelastungen des Wirtschaftens benannt (geschweige denn deren monetäre Folgekosten), noch die Natur als „produktiver Faktor“ und ihr Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlergehen und Reichtum (abgesehen von rein traditionell-ökonomischen Bereichen wie Forst- und Landwirtschaft).

**NeFo: Die Umweltökonomie spricht hier von „Naturkapital“.**

**Zieschank:** Genau. Mit einer besseren Einbeziehung von „Naturkapital“ und innovativen Wohlstandsindikatoren würde unser illusionärer Wohlstand immer offensichtlicher. Das zeigen auch eigene Erfahrungen über die letzten zehn Jahre mit neuen Indikatoren und tragfähigeren Wohlfahrtskonzepten.

Hier ist Aichi-Ziel 2 des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) essentiell: Biodiversitäts-Werte und Ökosystemleistungen sollten demzufolge in nationale Bilanzierungen und Berichtssysteme einbezogen werden, was inzwischen sogar die Weltbank fordert. So würde auch innerhalb des Wirtschaftssystems erkennbar, wie absurd beispielsweise die bestehende Agrarpolitik selbst in Deutschland ist. Die industrialisierte Landwirtschaft ist ein Hauptverursacher der Naturzerstörung. Die Wirtschaftsberatungsfirma KPMG hat in einer Studie festgestellt, dass weltweit ausgerechnet der Agrarsektor mehr Umweltkosten verursacht, als er selbst an Wert erwirtschaftet. ([s. Grafik S. 9](#))

Und genau diese Lobby verhindert seit vielen Jahren überfällige Reformen in Brüssel und Berlin.



**NeFo: Bei den letzten beiden CBD-Vollversammlungen wurde das sogenannte Mainstreaming ins Zentrum gestellt, also die Notwendigkeit, dass der Naturschutz wesentliches Ziel aller Politikbereiche wird, die Einfluss auf natürliche Ressourcen und Ökosystemleistungen haben, etwa Landwirtschaft, Infrastruktur, Energie aber auch Bildung, Gesundheit etc. Gibt es denn Bereiche der Umweltpolitik, wo das besser funktioniert als bei der Biodiversität?**

**Zieschank:** In der Tat ist die Integration von Naturschutzpolitik in andere Politikfelder der Schlüssel für zukünftige Erfolge. Denn nach wie vor sind Naturschutzbelange weit davon entfernt, mehr als eine Nischenrolle zu spielen. Etwa in der Verkehrspolitik. Im Bundesverkehrswegeplan sind Ziele zur Erhaltung der Arten- oder Landschaftsvielfalt kaum zu finden. Beispiele wo die Kooperation der Ressorts (zwangsläufig) etwas besser funktioniert, sind die Nahrungsmittelsicherheit und trotz allem die Energiewende. Denn hier ist nun Bewegung in die institutionalisierte Interessenlandschaft und Ressortzuständigkeit gekommen: Das jetzt neu gegründete „Klimaschutzkabinett“ ist Ausdruck der Erkenntnis, dass die bisherigen Anstrengungen die selbstgesteckten Ziele verfehlen, was nicht nur Strafzahlungen an die EU-Kommission sondern auch Millionen Euro für den Zukauf von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten nach sich zöge.

**NeFo? Wie könnte man denn erreichen, dass sich diese Ressorts stärker für den Schutz der biologischen Vielfalt interessieren?**

**Zieschank:** Ein Weg ist die stärkere öffentliche Betonung von internationalen Vereinbarungen in Klima- und Biodiversitätskonventionen. Zuständig für die Koordinierung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist das Kanzleramt. Von hier aus müssen Landnutzungsveränderungen thematisiert werden, die zunehmende Industrialisierung und Exportorientierung der Agrarpolitik sowie die Frage einer ökologischeren Wirtschaftspolitik. Dabei kann das Statistische Bundesamt mit Emissionskennziffern für die jeweiligen Industriebranchen hilfreich sein – einem Informationsinstrument, das bislang kaum bekannt ist.

Ein wesentlicher Schritt wäre, eine gemeinsame Perspektive über nachhaltige Zukunft und den Reichtum von Landschaften aufzustellen, in die mehrere Ressorts zugleich eingebunden sind. Andere Staaten sind hier durchaus innovativer (die Niederlande, auch Island). Eine Chance für solche institutionelle Neuausrichtungen bietet sicherlich die aktuelle Überarbeitung der Nationalen Strategien zum Schutz der Biodiversität. Warum sollten nicht die Ressorts eigene Kapazitäten zur Problemlösung aufzubringen?

Wichtig wäre es zudem, Biodiversitätsziele stärker mit den SDGs zu verknüpfen und die Umsetzung internationaler Biodiversitätsvereinbarungen auf dieser Grundlage wirksamer zu organisieren. Bessere Koordination ist grundsätzlich nötig, etwa im Bereich einer Stickstoffstrategie oder eines besseren Schutzes von Nord- und Ostsee.



## **NeFo: Welche Rolle spielen aus Ihrer Sicht Politikinstrumente?**

**Zieschank:** Generell lässt sich sagen: Um den konträren ökonomischen Interessenlagen des Landwirtschafts-, Wirtschafts- und Verkehrsressorts ein Gegengewicht zu geben, bedarf es einer Stärkung auch der hoheitlichen Umweltpolitik. Stichwort „Bringing the state back“: Ordnungsrecht, Naturschutzgesetze, effektiver Vollzug, Partizipation von NGOs um langfristige Gemeinwohlinteressen gegenüber Partikularinteressen und deren „Partiallogik“ und Kurzsichtigkeit umzusetzen.

Würde es gelingen, das Bundeskanzleramt als Träger der Richtlinienkompetenz der Regierung hier zu überzeugen, stünden zukünftig vielleicht neue Instrumente zur Verfügung: Ein Vetorecht für das Umweltministerium sowie ein Initiativrecht des BMU und eine Verpflichtung der Ressorts, eigene Strategien und Programme aufzulegen und für Nichteinhaltung zur Rechenschaft gezogen zu werden (wie beim neuen Klimaschutzplan des Umweltministeriums intendiert).

Mainstreaming von Naturschutzpolitik kann mitunter auf der Ebene von Städten und Gemeinden besser gelingen, weil hier die Erfolge auch schneller und direkter sichtbar sind: Essbare Stadt (Pilotfunktion der Stadt Andernach), ökologische Stadtbegrünung als langjähriges Thema und Initiativen zu einer neuen Nahrungsmittelerzeugung innerhalb der Städte, wie in vielen Großstädten der Welt verfolgt, von Singapur bis New York.

## **NeFo: Wie muss hier eine überzeugende Kommunikation aussehen und wer muss sie durchführen?**

**Zieschank:** Die Frage nach der richtigen Kommunikation richtet sich in bestimmten Phasen nicht so sehr an die Einsichtsfähigkeit anderer Ressorts, sondern an Multiplikatoren. Über Bewusstseinsbildung und Reaktionen in der Öffentlichkeit kommt immer wieder Bewegung in die zähen Entwicklungsschritte hin zu einer erfolgreichen Umweltpolitik. Drastisches Beispiel war Fukushima und der anschließende erfolgreiche öffentliche Aufschrei nach dem Atomausstieg.

Die junge schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg stellt ein aktuelles Beispiel dar. Die große Mehrheit für die Resolution im EU-Parlament Mitte März dieses Jahres für ein „klimaneutrales Europa bis 2050“ führen einige Mitglieder unter anderem auf Schüler-Demonstrationen zurück. Ein weiteres, kaum vorhergesagtes Beispiel war das erfolgreiche Volksbegehren in Bayern „Rettet die Bienen“. Solche sogenannte „**Change Agents**“ gibt es auf der großen Bühne, aber auch in kleinen Kreisen: So wurde die Initiative „INSECT RESPECT“ bemerkenswerte Weise aus dem Bereich der Kammerjäger gegründet: Sie fordert für erlegte Tiere Ausgleichsflächen auf grünen Dächern, die die Biomasse von Insekten wieder erhöhen sollen.

## **NeFo: Wie kann man die Multiplikatoren am besten erreichen?**



**Zieschank:** Die Kommunikationswissenschaften betonen, wie hilfreich positive neue Narrative sein können, die Hoffnung und Lösungen vermitteln. Positive Ziele tragen innerlich weiter. Ansonsten entsteht schnell ein Gefühl von „Schuld“ an der Entwicklung, noch schlimmer: von Aussichtslosigkeit und Desinteresse. Nicht umsonst hat der Club of Rome seinen letzten Bericht „Wir sind dran“ genannt, in dem er auf über 180 Seiten erfolgreiche Projekte und Vorschläge darlegt. Genau unter diesem Leitmotiv hat auch die Regierung von Island eine vielbeachtete Medienkampagne aufgelegt: „Good news from the future“ - SDGs sind machbar. Vor diesen Herausforderungen steht auch das neue IPBES-Programm und das UN-Weltüberwachungszentrum für Naturschutz (<https://www.unep-wcmc.org/featured-projects/framing-the-future-for-biodi...>)

### **NeFo: Werden Politikwissenschaft und ihre Erkenntnisse aus Ihrer Sicht genügend in die politische Debatte einbezogen?**

**Zieschank:** Wenn man sich an die letzten öffentlichen Wahlkämpfe und Parteidiskussionen zur deutschen Regierungsbildung erinnert, dann spielen weder Anliegen der Naturschutzpolitik noch die Umweltpolitikwissenschaft selbst eine erkennbare Rolle. Allerdings wissen wir auch, dass beispielsweise die Gutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) durchaus in den Ministerien und Verwaltungen gelesen werden und die Regierung sehr wohl wissenschaftliche Entwicklungen und öffentliche Meinungsbildung zu Umweltthemen verfolgt. Dennoch wäre eine engere, wechselseitige Zusammenarbeit mit Institutionen wie BfN, IPBES etc. wünschenswert, etwa bei anstehenden Entscheidungen wie der Neuauflage des Strategischen Plans zum Schutz der Biodiversität 2011-2020 der CBD.

### **NeFo: Wie könnten die Politikwissenschaften denn die aktuellen Umweltpolitikdebatten voranbringen?**

**Zieschank:** Insbesondere die umweltbezogene Politikwissenschaft scheut sich nicht, sehr vernetzte Problemlagen zu thematisieren, die zudem auf unterschiedlichen Ebenen der Politik und Regulierung angesiedelt sind (Stichwort „Multi-Level-Governance“). Die sogenannte „Earth System Governance“-Forschung ist eine aufsteigende Disziplin, die seit kurzem über eine gleichnamige internationale Fachzeitschrift verfügt. Zudem gibt es viele Studien zur Frage, wie die horizontale und vertikale Integration von Nachhaltigkeitsstrategien in andere Politikfelder am besten umzusetzen ist. Auch die Auswertung von neuen umweltpolitischen Forschungsrichtungen wie die Steuerung und Gestaltung von „Großen Transformationen“ (Energiewende, Verkehrswende, Agrarwende, ökologisch tragfähige Wohlstandskonzepte) könnte für die bislang oft naturwissenschaftlich geprägte Debatte bereichern.

### **NeFo: Vermutlich kommt das aber nicht in der praktischen Politik an.**

**Zieschank:** Richtig. Deshalb reicht es meines Erachtens nicht, umweltpolitische Forschungsergebnisse nur schlicht zu veröffentlichen. Man muss nach Anknüpfungspunkten oder thematischen Schnittmengen mit bereits laufenden gesellschaftlichen Debatten suchen. So haben





wir beispielsweise das Thema der „ökologischen Gerechtigkeit“ mit Diskursen zur sozialen Gerechtigkeit in Deutschland verknüpfen können. Umweltpolitische Maßnahmen verursachen eben nicht nur Kosten, sondern tragen auch zur Verbesserung der Lebensbedingungen vieler benachteiligter Regionen in Städten bei. Und die Medien werden darauf aufmerksam. In Zeitungen oder Radio- und Fernsehsender gewinnt die Erkenntnis an Bedeutung, dass es eines konstruktiveren Journalismus bedarf, der neben Problemlagen vor allem Perspektiven und Problemlösungen den Lesern und Zuschauern vorstellt; so gab es bereits in diesem Jahr einen Constructive Journalism Day in Hamburg.

Aber auch die Funktion von Umwelt- und Naturschutzpolitik wandelt sich derzeit: Sie werden - zwangsläufig - immer mehr auch zu Gesellschaftspolitik. Die Erkenntnis lässt sich durchaus offensiver vertreten. Eine solche Entwicklung bedingt letztlich aber auch ein neues Selbstverständnis innerhalb der Politikwissenschaft: Als Mitbegründer von Strategien zu einer weiteren Politikintegration, neuer Visionen und kreativer und effektiverer Instrumente sowie einer anspruchsvolleren Umsetzung respektive einer Evaluierung der bisherigen Erfolge (wie Misserfolge) von Biodiversitätspolitik.

*Das Interview führte Sebastian Tilch*

## IMPRESSUM

Das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland (NeFo) ist ein Projekt gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Das Projekt wird maßgeblich durchgeführt vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ Leipzig und dem Museum für Naturkunde Berlin (MfN). Weitere Informationen und Hinweise zum NeFo-Projekt und Team unter [www.biodiversity.de](http://www.biodiversity.de).